



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 854), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Freitag, den 20. Februar 1920

8 Seiten—No. 294

Premiers befaßt sich mit russischer Frage

Englands Finanzminister unterbreitet dem Obersten Rat Verzeichnis von Summen, welche England den Alliierten gebort hat

Geheimnis über Noten mag enthüllt werden

London, 20. Febr.—Der Rat der Premierminister debattiert heute über die Beziehungen der Alliierten zu Rußland; man beschloß indessen, die Frage Montag, an welchem Tage der französische Premier Millerand zurückgekehrt wird, zu erörtern.

Kautin Chamberlain, Finanzminister Großbritanniens, teilte mit, daß Großbritannien Ausland die Summe von 568,000,000 Pfd. Sterling geliehen habe. Andere Darlehen sind wie folgt:

Frankreich 471,500,000 Pfd., Italien 470,000,000 Pfd., Belgien 81,500,000 Pfd., andere Nationen 71,000,000 Pfd.

Außerdem, sagte der Finanzminister, sollen Alliierten und anderen Nationen noch 21,500,000 Pfd. für Rekonstruktionsarbeit geliehen werden.

Erz aller Proteste der Zeitungen über die Geheimhaltung der Premierminister in der britischen Frage, namentlich was die Geheimhaltung der Noten an und von Washington anbelangt, haben die Premierminister beschlossen, nichts über diese Angelegenheit zu veröffentlichen.

Die Daily Mail greift den Premierminister an; genannte Zeitung gibt zu, daß die Leistung der äußeren Politik zur jetzigen Zeit, namentlich den Ver. Staaten gegenüber, mit großen Schwierigkeiten verbunden sei, doch sei dieses zum Glück auf die Geheimhaltung der Regierung zurückzuführen.

Der Chronicle sagte heute: Die Geheimhaltung der Alliierten wird geradezu skandalös und sollte nicht länger gebildet werden.

Canada müht gegen Ver. Staaten auf

Winnipeg, 20. Febr. (United Press.) Kanada fußt ungeduldig, selbstverständlich und entschlossen auf seine Rechte in der Bäckerei zusammenzukommen, erklärt Arthur Meighen, Minister des Innern. Der Minister „bedauert“, daß „unser Freund im Süden, die Ver. Staaten, Kanadas Recht als Nation herausfordern sollten.“ Der Minister hält den Einwand, daß Kanada englische Kolonie sei, für unzulässig, da die von den Ver. Staaten kontrollierten Staaten, wie Haiti, San Domingo und anders das Stimmrecht in der Liga erhielten.

Zweiter Vorschlag für Präsidenten-Vertretung

Washington, 20. Febr.—Nach einer von Wm. Madden, Ill., eingebrachten Vorlage soll die Entscheidung über die Frage, ob ein Präsident durch Krankheit und andere Zufälligkeiten unversehens gemacht sei, die Pflichten seines Amtes zu erfüllen, einer offenen, öffentlichen Untersuchung des Kabinetts überlassen werden, anstatt wie jetzt vorgeschrieben, dem Obergericht anheimzufallen. Außerdem glaubt Madden, daß der Kongreß Macht hat, unter dem Verfassungsausschuß über die „Unfähigkeit des Präsidenten“ ein Gesetz über die Vertretung derselben zu erlassen, ohne daß ein Verfassungsgesetz nötig wäre. Nach der Wiederanberaumung des Kabinetts am Montag, an welchem die Regierungsfähigkeit des Präsidenten abgemessen werden soll, tritt ein, wenn der Präsident länger als sechs Wochen das Land verläßt. Damit die Demokraten nicht sagen können, diese Vorlage sei eingebracht worden, um gegen Wilson angewendet zu werden, soll das Gesetz erst am 4. März 1921 an rechtskräftig sein.

Engländer hinter russischem Geld her

Berlin, 20. Febr.—Londoneer Geschäftsleute kaufen gewaltige Mengen russischer Rubel an der Berliner Börse, worin in Finanzkreisen ein Umlauf davon gesehen wird, daß Großbritannien sich darauf vorbereitet, mit Sowjet-Rußland Frieden zu schließen. Infolge von Protesten der Gegner der Bolschewiki hat die deutsche Regierung den Handel mit Rubeln verboten, jedoch solche Geschäfte nur im geheimen betrieben werden können. Deshalb kann nicht festgestellt werden, welchen Umfang der Handel mit Rubeln angenommen hat. Die Wechselkursrate des Rubels steigt sehr schnell und der Rubel ist schon mehr wert als die deutsche Mark.

Veröffentlichung wahrscheinlich

London, 20. Febr.—Es heißt, daß sich der Rat der Premierminister über die Notwendigkeit, die Beziehungen der Alliierten und dem Präsidenten Wilson gewechselt worden sind, zu veröffentlichen. Der Druck, welcher von den Zeitungen in England, Frankreich und den Ver. Staaten ausgeübt wird, scheint stark genug zu sein, um die Premierminister zu veranlassen, ihren eingebrachten Standpunkt aufzugeben, schon deshalb, um irigen Meinungen entgegenzutreten zu können.

Im britischen Unterhaus ist man mit dem Uebereinkommen, das zwischen Großbritannien und Frankreich über die Türkei getroffen worden ist, nicht einverstanden. Man will die Türkei in Europa nicht dulden und dem Sultan der Türkei soll alle Autorität in Konstantinopel genommen werden.

Prohibitionisten hecken neuen Plan aus

Washington, 20. Febr.—Die Anti-Saloon League beabsichtigt in den nächsten Wochen Schritte zu tun, alle ausländischen Schiffe, auf denen Spirituosen verkauft werden, aus amerikanischen Häfen fern zu halten. Dies gab heute Wayne B. Wheeler, der Generalanwalt der League, in einer Unterredung mit einem Vertreter des Universal Service zu verstehen. Er sagte, die Angelegenheit werde vom Gesetzgebungs-Komitee der League aufgenommen werden, das in Washington in etwa zehn Tagen oder zwei Wochen zusammentritt.

Für das Vorgehen der League gegen die ausländischen Schiffe gab Wheeler zwei Gründe an, erstens der Wunsch der League, daß überall Prohibition herausfordernde Getränke besteuert, und zweitens das Bestreben, den Handel der amerikanischen Schiffe im Wettbewerb mit ausländischen Schiffen zu befestigen.

Wheeler glaubt, daß die amerikanischen Prohibitionisten auf ausländische Schiffe angewandt werden können, wenn diese sich in amerikanischen Gewässern, also innerhalb der Dreimeilenzone von der Küste befinden.

Schlechte Rahmung verschärft

Washington, 20. Febr.—Das französische Postministerium veröffentlicht seine Bestimmungen bezüglich Pässe für die Reise nach Oberitalien, anlässlich der kommenden Volksabstimmung über die nationale Zugehörigkeit. Französische Passherrschaft ist unter allen Umständen notwendig, um in das Land zu kommen. Oberitalien, welche behauptet, daß die Bestimmungen heimlich seien und ihre Herkunft nachweisen können, müssen ebenfalls sämtlich französische Pässe haben.

Banditen berauben Union-Kasse der Gießer

Chicago, 20. Febr.—Hier bewaffnete Banditen drangen in das Sitzungszimmer des Vorstands der Gewerkschaft 232, zwangen die Anwesenden, sich mit dem Gesicht gegen die Wand zu stellen und raubten aus der Kasse \$2,000, die für Beiträge eingegangen waren.

Archangel in Händen der Soviet-Truppen

Kampf gegen Bolschewismus infolge der Unentschiedenheit des Volks ein Heißschlag.

London, 20. Febr.—Einedrahtlose Depesche aus Moskau besagt, daß die Soviettruppen Archangel erobert haben und daß die dortige Garnison sich den Roten angeschlossen habe.

Wladimir, 20. Febr.—Vor einem Jahre beschloß die Alliierten und die Vereinigten Staaten, den Bolschewismus auf indirekte Weise zu bekämpfen. In Sibirien sollte Admiral Koltschak dies für sie besorgen, während in Süd Rußland General Korniloff gegen die Bolschewisten vorgehen sollte. Man kam überein, daß Amerika und Japan Admiral Koltschak mit Kriegsmaterial unterstützen sollten, während Frankreich und England General Korniloff in derselben Weise helfen sollten. In russischen Kreisen wurden die ersten Schritte, welche Kleider und Waffen brachten, mit großem Hype entgegengenommen. Man sprach damals davon, daß sich diese Sendungen auf hunderte von Millionen Dollar stellen sollten. Alle waren begeistert von dem Gedanken, daß es nun bald gelingen werde, der Bolschewisten Herr zu werden, aber alle machten einen großen Fehler, und dies war, daß sie vergaßen, wie das russische Volk sich zu der Frage stellte.

Man hätte sich gegenseitig erzählt, das Volk sei von den Bolschewisten unterdrückt worden und liege geknechtet und geknebelt am Boden, und wenn man ihm die Schlingen abnehme, so würde das ganze Volk wie ein Mann aufstehen, nach Moskau ziehen und dort das schwarzgoldene Banner über dem Palast hissen. Es kam aber alles anders. Das Volk begünstigte zwar den Bolschewismus nicht, aber nur einige Laufbengel gingen wirklich aus, um den Kampf gegen den roten Drachen aufzunehmen. Das Volk mußte selbst nicht, was für eine Regierung es haben wollte. Jeder der ungezählten Führer hatte seine eigenen Ideen und die Folge davon war, daß das Volk zerbrach, sich selbst nicht bewußt war, was es wollte.

Der Risse will nur eine konstituierende Versammlung, welche Gesetz für eine Regierung entwirft, in der er selbst auch ein klein wenig mit zu sagen hat. Vor allen Dingen verlangt er nach Schulen, damit er seine Kinder der Unwissenheit entziehen kann. Viele Teile der russischen Länder sehnen sich nach der Monarchie zurück, und man kann nicht selten Gespräche über die Wiederherstellung eines Zaren hören.

Der Mangel an Selbstvertrauen war in der Hauptsache dafür verantwortlich, daß der Streikzug gegen die Bolschewisten fehlgeschlug. Die Kossaken machen die politischen Führer, welche den Plan umgaben, für den Zusammenbruch verantwortlich, und behaupten, in ihrer Selbstsicherheit hätten diese nicht nur den General, sondern auch ganz Rußland betrogen und zu Fall gebracht.

Falsches britisches Geld in Rußland

Berlin, 20. Febr.—Graf Reventlow berichtet in der Tageszeitung: „Es bildet eine ernste Bedrohung der Handelsbeziehungen Großbritanniens, daß große Mengen falscher britischer Banknoten auf russischem Gebiet verbreitet sind. Dies kann dazu führen, daß Rußland und auch anderwärts die Kaufkraft des britischen Pfund Sterling noch weiter abnimmt.“

Beschränkung der Seitenzahl der Zeitungen

Washington, 20. Febr.—Unter einer von Repräsentanten Fuller, Republikaner, Illinois, eingebrachten Gesetzesvorlage werden tägliche Zeitungen auf 16 Seiten und Sonntagzeitungen auf 48 Seiten beschränkt werden. Für Zeitungsbesitzer würde eine Grenze von 100 Seiten vorgeschrieben werden, und Herausgeber, die sich Zuwiderhandlung schuldig machen, würde das Privilegium der Postrate für Postfach zweiter Klasse entzogen werden. Repräsentant Fuller brachte auch eine Vorlage ein, die Ausfuhr von Holz, Papier und Druckpapier auf ein Jahr zu verbietet.

„Parzial“ in Englisch.

New York, 20. Febr.—Im hiesigen Metropolitan Opernhaus wurde zum ersten Mal seit dem Kriege die Wagner'sche Oper „Parzial“ aufgeführt, indessen in englischer Sprache.

Englisch Amtssprache Nebraskas

Alle nativistischen Zusätze zur Beschränkung fremder Sprachen von konstitutioneller Verammlung abgelehnt.

Kein Verbot gegen den Gebrauch fremder Sprachen in Schulen solange vorgeschriebener Unterricht englisch gegeben wird.

Lincoln, Nebr., 20. Febr.—Die verfassunggebende Versammlung beriet am Donnerstag nachmittags über die Sprachfrage. Nach langen wortreichen Debatten wurde die von dem Unterrichts-Komitee eingebrachte Fassung ungeändert angenommen. Nur 9 Stimmen wurden dagegen abgegeben. Der vorgeschlagene Verfassungsentwurf hat folgenden Wortlaut: „Die englische Sprache wird hierdurch zur Amtssprache dieses Staates erklärt, und alle öffentlichen Verhandlungen, Protokolle und Veröffentlichungen sollen in dieser Sprache gehalten werden; auch sollen die Unterrichtsgegenstände der gewöhnlichen Schulen in öffentlichen, konfessionellen und kirchlichen Schulen in dieser Sprache gelehrt werden.“

Byrum von Franklin County schlug einen Zusatz vor, um es klar zu machen, daß die vorgeschriebenen Unterrichtsgegenstände in keiner fremden Sprache weder in staatlichen noch in Privatschulen gelehrt werden sollten, bevor der Schüler die englische Sprache beherrscht. Er behauptete, daß dies aus dem Gemachten Vorschlag nicht zu ersehen sei. Sein Vorschlag wurde mit 28 gegen 27 Stimmen verworfen. Anderson, Lancaster County, verwarf den Zusatz „und keiner anderen“ hinter „dieser Sprache“ einzuschließen. Sein Antrag fiel mit 44 gegen 43 Stimmen durch.

Eppler von Clay County beantragte, die ganze Angelegenheit aus dem Grunde zu verwerfen, daß die Legislatur in der Frage gehandelt habe (Simon-Gesetz) und ihre Handlung vom Obergericht gebilligt worden sei. Die Majorität der Versammlung war der Ansicht, daß die Legislatur von Zeit zu Zeit das Gesetz ändern könne, und daher die englische Sprache verfassungsmäßig für die Amtssprache zu erklären sei. Sein Vorschlag wurde mit 80 gegen 9 Stimmen verworfen.

Kirchensachen sind reine Privatsachen.

Die Verfassungsversammlung nahm in Plenarsitzung einen Zusatz zum Artikel Sieben, der konfessionellen Unterricht in öffentlichen Schulen untersagt, in der von dem Unterrichts-Komitee vorgeschlagenen Fassung an: „Weder die Staatslegislatur, noch irgend eine County-, Stadt- oder andere öffentliche Behörde darf jemals zur Unterstützung von sektiererischen oder konfessionellen Schulen oder Kollegien, oder anderen Unterrichtsanstalten, die nicht unter der ausschließlichen Kontrolle der Beamten des Staatssystems stehen, Bewilligungen aus öffentlichen Geldern oder an öffentlichen Landereien machen. Auch soll keine religiöse Prüfung oder Befähigungsbeglaubigung jemals weder von Lehrern noch Schülern verlangt werden, als eine Bedingung für Zulassung oder Verbleib in einer öffentlichen Schule oder Erziehungsanstalt, die völlig oder zum Teil aus öffentlichen Geldern unterhalten wird.“

25 Hotel-Gäste unter Trümmern begraben

Providence, R. I., 20. Febr.—Von den Gästen des niedergebrannten Hotels Roxanne werden immer noch 25 vermißt. Es wird befürchtet, daß sie unter den Trümmern begraben liegen; indessen hat man aber die Hoffnung, daß sie sich gerettet haben, es aber nicht der Mühe wert halten, den Behörden Mitteilung hierüber zu machen.

Schiffbruch vor dem Hafen von Chicago

Chicago, 20. Febr.—Während eines dichten Nebels über dem Lake Michigan lief der Dampfer Alabama auf den Zementunterbau eines ausgehenden Docks vor dem Hafen von Chicago auf. Der Dampfer sprang ein und mehrere Fuß Wasser füllten den Schiffsrumpf. Nach Entladung der aus Automobilen und Mobilgar bestehenden Fracht wird man versuchen, das Schiff durch Schlepper flott zu machen. Die Mannschaft ist an Bord geblieben, hat jedoch für den Notfall die Rettungsboote in Bereitschaft gestellt.

Bank um \$1,000 beraubt.

Prescott, 20. Febr.—Zwei Räuber drangen in die Bank zu Camp Verde, 60 Meilen nordwestlich von hier, fesselten den Kassierer Butler und entnahmen mit \$1,000. Den Kassierer führten sie auf ihrer Flucht eine Meile weit mit sich und ließen ihn dann laufen.

Arbeiter-Vertreter bestimmen Kongreß

Veröffentlichtes Memorandum über die schweren Mängel der Fish-Cummins Vorlage.

Washington, 20. Febr.—Die organisierte Arbeiterschaft hat gestern ihren Angriffsplan gegen die Fish-Cummins Vorlage etwas geändert. Sie werden zunächst versuchen, die Vorlage im Kongreß unschädlich zu machen, und sollte dies fehlschlagen, sich an den Präsidenten wenden. Comper und Morrison haben gestern abend ein Memorandum an den Kongreß und das Volk veröffentlicht, in welchem auf den arbeiterunfreundlichen Charakter der Vorlage verwiesen und dieselbe als kapitalistische Maßregel hingestellt wird. Ihre Annahme bedeutet „ein Aufgeben der Regierung für das allgemeine Wohl, und die Einführung einer Regierung für Privatinteressen, Spezialprivilegien und Klassenwohlstand.“

Die anstößigsten Bestimmungen der Kongreßvorlage sind die Vorschriften über die Zusammenfassung und die Arbeitsmethode der Verhandlungsausschüsse, die nach Ansicht der Arbeiter zu gedreht werden können, daß die Arbeiterschaft von jeder Teilnahme an den Beratungen ausgeschlossen wäre.

Als Vorboten des Kampfes im Kongreß wird die Weigerung der demokratischen Abgeordneten Parteen, Kentuda, und Sims, Kemessie, den Kongreßbericht zu unterschreiben, angesehen. In Begründung seiner Weigerung erklärt Parteen, die Maßregel erlaube den Bahngesellschaften „finanzielle Befähigungen“, welche eine Reduzierung von \$1,250,000 zur Folge haben müßte.

Während die Arbeitervertreter in C. Young waren, hielt Generaldirektor Sines eine Konferenz mit den führenden Eisenbahnmagnaten, die ihn ihrer Mitwirkung zur Erlangung einer zuverlässigen Statistik über die Lohnfrage versicherten. Der Kongreß erhielt im Verlaufe des Tages zahlreiche Telegramme von Arbeiterführern aus allen Teilen des Landes, in welchen auf weitere Regierungskontrolle über die Bahnen für die Dauer von zwei Jahren gedrängt wurde.

Kirchengesetz nicht aufgehoben, sagt Rom

Rom, 20. Febr.—Auf geforderte Anfrage erklären Autoritäten im Vatikan, daß sie von keinen Mitteln oder einem Notenaustausch wüßten, wodurch die von der Wiener Presse gemachte Bekannmachung gerechtfertigt werden könne, daß eine Wiederherichtung geschiedener Katholiken in Oesterreich erlaubt werden würde. Keine derartige Erlaubnis ist erteilt worden, und es finden sich keine Anzeichen, daß eine solche dem päpstlichen Stuhl widerstreitende Maßregel geplant worden sei.

25 Hotel-Gäste unter Trümmern begraben

Providence, R. I., 20. Febr.—Von den Gästen des niedergebrannten Hotels Roxanne werden immer noch 25 vermißt. Es wird befürchtet, daß sie unter den Trümmern begraben liegen; indessen hat man aber die Hoffnung, daß sie sich gerettet haben, es aber nicht der Mühe wert halten, den Behörden Mitteilung hierüber zu machen.

Schiffbruch vor dem Hafen von Chicago

Chicago, 20. Febr.—Während eines dichten Nebels über dem Lake Michigan lief der Dampfer Alabama auf den Zementunterbau eines ausgehenden Docks vor dem Hafen von Chicago auf. Der Dampfer sprang ein und mehrere Fuß Wasser füllten den Schiffsrumpf. Nach Entladung der aus Automobilen und Mobilgar bestehenden Fracht wird man versuchen, das Schiff durch Schlepper flott zu machen. Die Mannschaft ist an Bord geblieben, hat jedoch für den Notfall die Rettungsboote in Bereitschaft gestellt.

Bank um \$1,000 beraubt.

Prescott, 20. Febr.—Zwei Räuber drangen in die Bank zu Camp Verde, 60 Meilen nordwestlich von hier, fesselten den Kassierer Butler und entnahmen mit \$1,000. Den Kassierer führten sie auf ihrer Flucht eine Meile weit mit sich und ließen ihn dann laufen.

Sitchcock möglicher Kandidat für Präsident

Als Standard-Träger in dem Kampfe um die Ratifikation des Friedensvertrags glaubt er, dazu berechtigt zu sein

Präs. Wilson und Bryan mögen ihn unterstützen

Washington, 20. Febr. (United Press.) — Bundes Senator Sitchcock mag nächsten Juni in der demokratischen Nationalkonvention als Präsidentschaftskandidat auftreten und zwar mit dem Hinweis darauf, daß er der demokratische Bannerträger in dem Kampf um die Ratifikation des Friedensvertrages ist. In diesem Jahre betrachteten hiesige politische Beobachter die Erklärung Sitchcock's, daß der Vertrag eine Kampffrage in der kommenden Präsidentschaftskampagne sein wird, gleichzeitig verweigerte sie darauf, daß Sitchcock Fremde in Nebraska Petitionen in Umlauf gesetzt haben, wonach die Nebraska Delegation für dessen Kandidatur eintreten soll.

Sitchcock hat nichts getan, um die ihm vorgeworfene Einseitigkeit zu tun, hat auch noch keine Kampagne zu seinen Gunsten eingeleitet.

„Sind Sie ein ausgeprägter Kandidat?“ wurde er heute gefragt.

„Nein, ich habe nichts getan, meine Freunde zu verführen, meiner Kandidatur Vorschub zu leisten“, lautete die Antwort.

Das Gesetz in Nebraska verlangt von Sitchcock nicht, daß er eine zuführende Erklärung abgibt, auch

braucht er nicht der Zirkulation der Petition zuzustimmen.

Sitchcock war auf demokratischer Seite der Führer im Kampfe um die Ratifikation des Friedensvertrages und hat stets die Stellungnahme des Präsidenten Wilson vertreten. Es ist bekannt, daß er unter allen Umständen zum Präsidenten gewählt werden möchte, und dieser Umstand mag ihm die Unterstützung derselben eintragen. So wenigstens wird von Freunden Sitchcock's behauptet.

Andererseits muß in Rechnung gezogen werden, daß Sitchcock und Bryan seit langer Zeit politische Gegner sind und daß sie sich auch in der demokratischen Nationalkonvention feindlich gegenüberstehen werden. Bryan will nicht, daß der Friedensvertrag in die Wahlkampagne hineingezogen wird. Sollte dies aber dennoch infolge der Faltung des Senats geschehen, dann mag sich Bryan veranlaßt fühlen, den Tomahawk zu begraben und seinen Nebraskaer Landsmann beizubringen. Gerüchteleise verlautet, daß Bryan und Sitchcock einen Wahlkampfplan abgehandelt haben.

Edwards Kandidat.

Lincoln, Neb., 20. Febr.—Wimmern Tagen werden bei dem Staatssekretär offizielle Gesuche eingereicht werden, den Namen des anti-prohibitionistischen Gouverneurs Edwards von New Jersey als Präsidentschaftskandidaten auf den Wahlscheit für die Primärwahlen zu setzen. Die Bewegung nimmt in Nebraska immer größere Dimensionen an.

Elihu Root entwickelt repub. Parteiprogramm

New York, 20. Febr.—Elihu Root entwickelte vor der republikanischen Staatskonvention am Donnerstag abend das Parteiprogramm, mit welchem seiner Meinung nach die Partei in den Kampf für die November-Wahlen eintreten sollte.

Die wichtigsten seiner Vorschläge sind:

Dezentralisierung der vollziehenden Regierungsgewalt im Gegensatz zur jetzigen Zentralisation, welche den Präsidenten „mehr autoritär als irgend einen Herrscher der zivilisierten Welt“ gemacht hat;

Ratifizierung des Friedensvertrages mit dem Einverständnis des Senats „lange vor der Präsidentschaftswahl“;

Neueinstellung des Wählerkörpers durch einen republikanischen Präsidentschaftskandidaten nach dem 4. März 1921;

Eiserne Sparamkeit in der Regierung und die Annahme eines Budget-Budget-Systems;

Befreiung des Streikrechts an einem Punkt, wenn dieses mit dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinschaft in Widerspruch steht;

Einführung eines Arbeiter-Tribunals mit der Vollmacht, seine Beschlüsse durchzuführen;

Revision des Besteuerungssystems, „worunter der Tariff einbegriffen ist“;

Amerikanisation und die Ausmerzung aller „Bolschewisten und Bolschewisten-Freunde von den öffentlichen Ämtern“;

Allgemeine militärische Ausbildung.

Gefangene sollen nicht Hinrichtung ansehen

Infolge der zahlreich eingelauenen scharfen Proteste hat Sheriff Peters verfügt, daß die Anwesenheit des Gefangenen von Cook County der Hinrichtung des Mörders Tad D'Vrien nicht zuzusehen brauchen. Die Hinrichtung findet um 10 Uhr heute morgen statt. Alle Gefangenen sind aus den an den Gefängnishof stehenden Zellen entfernt worden. Nur die Ärzte und die Vertreter der Presse werden zugelassen werden.

15,000 Schafe verenden im Prariefeuer.

Buenos Aires, 20. Febr.—Ein großes Prariefeuer legte in einer Breite von 60 Meilen durch das Territorium von La Palma, dem zentralen Teil des Landes, wobei an 15,000 Schafe im Feuer umkamen. Der Schaden wird auf \$1,000,000 angegeben. Es soll das größte Prariefeuer in der Geschichte von Argentinien gewesen sein.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schnee und viel kälter heute abend und Samstag.

Für Nebraska — Schnee und viel kälter heute abend und Samstag. Kalte Welle in westlichen und zentralen Teilen heute abend. Viel kälter am Samstag.

Für Iowa — Schnee im Westen und im Norden; Schnee und Regen im südöstlichen Teile heute abend und Samstag. Kälter in westlichen und zentralen Teilen heute abend. Viel kälter am Samstag.